

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 21.07.2011** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Dem Abschluss der als **Anlagen 1, 2, 3, 4 und 5** beigefügten städtebaulichen Verträge und Grundstücksübertragungsverträge für den Bereich des ehemaligen Ausbesserungswerks wird zugestimmt.
2. Hinsichtlich der Kosten zum Schlossplatzumbau wird die Verwaltung ermächtigt, die mit der Einreichung der Schlussrechnung geprüften anerkannten Nachträge der Baufirma zu schließen.
3. Der Gemeinderat nimmt die Bewerbung zur Besetzung der Schulleiterstelle in der Südstadt-Grundschule zur Kenntnis und schlägt die Bewerberin für die Besetzung vor.
4. Der Gemeinderat nimmt die Bewerbung zur Besetzung der Schulleiterstelle in der Johann-Michael-Zeyher-Grundschule zur Kenntnis und schlägt die Bewerberin für die Besetzung vor.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Technischen Ausschusses am 15.09.2011** wurden keine Beschlüsse gefasst. Die darin behandelten Themen sind entweder Gegenstand der heutigen Sitzung oder werden zu gegebenem Zeitpunkt im Gemeinderat aufgegriffen.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Zähringer Straße

Frau Doris Kohler aus Schwetzingen will wissen, wie die Straße nach der geplanten Begrenzung der zulässigen Geschwindigkeit auf 30 km/h aussehen wird, d.h., ob ein Rückbau geplant sei (schmalere Fahrbahn, breitere Gehwege, Poller etc.), ob Parkplätze wegfallen und wann die Tempo-30-Zone komme. Sie als Bürgerin sei jedenfalls nicht bereit, Kosten für einen solchen Rückbau auszugeben. Oberbürgermeister Dr. Pörtl antwortet, dass es noch keine konkreten Pläne gebe. Sicher sei jedoch, dass ohne bauliche Maßnahmen rechtlich keine Tempo-30-Zone eingerichtet werden könne. Es wird jedoch kein Rückbau sondern eine Umgestaltung stattfinden, um eine sichtbare andere Situation zu schaffen, als dies in einer Durchgangsstraße der Fall sei. Es würden keine Parkplätze wegfallen. Die Verwaltung wird einen Vorschlag erarbeiten, der dann dem Gemeinderat zu gegebener Zeit vorgestellt werde.

Wochenmarkt

Frau Doris Kohler äußerte sich enttäuscht, dass der Wochenmarkt bereits um 13 Uhr abgebaut werde. Viele Bürger/innen hätten Interesse an längeren Öffnungszeiten. Ein Markthändler hätte ihr gesagt, dass die Stadt eine längere Öffnungszeit verhindere. Der Markthändler könne deshalb kein großes Sortiment anbieten, da zu wenig Zeit zum Auf- und Abbau bliebe. Bürgermeister Elkemann erwidert, dass die Verwaltung am Thema dran sei. Die offiziellen Öffnungszeiten seien bis 14 Uhr. Eine Umfrage unter den Händlern habe ergeben, dass die Händler keine längeren Öffnungszeiten wollten.

**TOP 3 Allgemeine Finanzprüfung der Stadt Schwetzingen 2004 bis 2008 und des
Eigenbetriebs bellamar 2004 bis 2008
Vorlage: 1059/2011**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Vorsitzenden gemäß der Beschlussvorlage.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Abschluss der allgemeinen Finanzprüfung der Stadt Schwetzingen 2004 bis 2008 und des Eigenbetriebs bellamar 2004 bis 2008 Kenntnis.

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Studentenwohnheims Vorlage: 1049/2011

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert das Projekt und das weitere Vorgehen gemäß der Beschlussvorlage. Darüber hinaus berichtet Oberbürgermeister Dr. René Pörtl über sein Gespräch mit Justizminister Stichelberger im Juli 2011 zum Thema Studentenwohnheim. Dieser habe die Stadt Schwetzingen gebeten, aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen ein Wohnheim zu errichten. Dabei sei die gute Erreichbarkeit, bzw. Anbindung, wichtig, damit die Studenten zu Fuß, per Rad oder ÖPNV zum Schloss kämen. Oberbürgermeister Dr. Pörtl betont, dass es sich bei den Studierenden um Beamte des Landes handle, die bereits einen gewissen Standard gewohnt seien. Das studentische Leben sei somit nicht ganz mit dem Heidelbergs vergleichbar, vom Wohnheim aus seien kein Lärm oder sonstige Probleme zu erwarten. Er erhoffe sich eine Aufwertung Schwetzingens durch den Hochschulstandort und freue sich auf das studentische Flair. Er warb bei den Gemeinderäten um Zustimmung.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Dr. Förster, CDU, und Dr. Manske, SPD, sind beigefügt

Stadtrat Dr. Grimm, SWF 97, übernimmt die Stellungnahme für Stadtrat Rupp. Seine Fraktion halte es im Grunde für richtig, ein Wohnheim so zentral zu errichten, dass der Hochschulstandort fußläufig zu erreichen sei. Die Belange der Oststadt und deren Anwohner müssten allerdings gewahrt werden. Da der Gemeinderat Herrin des Verfahrens bzw. letzte Instanz bei der architektonischen Ausführung sei, habe die SWF 97 kein Problem damit und stimme zu.

Stadträtin Maier-Kuhn, Bündnis 90/ Grüne, befürwortet ebenfalls das Projekt, schlägt jedoch eine Bürgereinbindung bzw. -beteiligung vor, da die Oststadt ein sensibles Wohngebiet sei.

Stadtrat Nerz, FDP, schließt sich seinen Vorrednern an.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, auf dem landeseigenen Grundstück mit der Flurstücksnummer 5805, August-Neuhaus Straße, den Neubau eines Studentenwohnheims zu prüfen, und diesbezüglich Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer und dem Investor zu führen.
2. Der Gemeinderat bzw. die zuständigen Gremien werden über die weiteren Erkenntnisse und grundlegenden Planungsüberlegungen informiert.
3. Bei positivem Ergebnis soll ein Bauleitplanverfahren eingeleitet werden. Die Kosten für das Bauleitplanverfahren sollen vom Investor getragen werden.

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Bebauungsplan "Sternallee", hier: Aufstellungsbeschluss Vorlage: 1053/2011

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Laut Stadtrat Imhof, CDU, könne man den zwei Verwaltungsbegründungen zur Notwendigkeit des Aufstellungsbeschlusses zustimmen. Stadtrat Imhof fragt an, ob die Änderungswünsche das Forsthaus betreffend bereits im Bebauungsplan berücksichtigt seien, und wenn nein, was dann mit den Änderungswünschen passiere. Oberbürgermeister Dr. Pörtl erwidert, dass die Änderungswünsche nicht im Bebauungsplan berücksichtigt, bzw. dadurch abgedeckt seien. Bei der Umwandlung der Scheune in ein Wohnhaus könnte es sein, dass dies rechtlich nicht zulässig sei. Die Umnutzung müsse dann in der Verwaltung bzw. im Gemeinderat diskutiert werden. Generell könne den Vereinen ohne einen Bebauungsplan gar nichts mehr genehmigt werden, daher sei der Bebauungsplan dringend notwendig.

Stadtrat Dr. Grimm, SWF 97, ist der Auffassung, dass der Bebauungsplan sinnvoll sei.

Stadtrat Dr. Manske teilt mit, dass die SPD im Sinne der dortigen Anlieger zustimme (s. Anlage).

Stadtrat Nerz, FDP, schließt sich der SPD an.

Stadträtin Maier-Kuhn wirft ein, dass die Reithalle über keinerlei Brandschutz verfüge und fragt, ob dies auch durch den Bebauungsplan geregelt werde. Dies gebe sie zu bedenken.

Beschluss:

1. Für den im Lageplan vom 10.08.2011 dargestellten Geltungsbereich wird nach § 2 Abs.1 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.
2. Gleichzeitig wird beschlossen, für den im Lageplan dargestellten Bereich Örtliche Bauvorschriften zu erlassen.
3. Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Ja 19 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 6 Eingliederung von Gebietsteilen der Gemarkung Hockenheim
Vorlage: 1051/2011**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt keine weiteren Erläuterungen.

Es gibt keine Aussprache.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die beiliegende Satzung über die Erstreckung des Satzungsrechts der Stadt Schwetzingen auf die gemäß Vereinbarung vom 04.11.2010/15.11.2010 eingegliederten Gebietsteile der Stadt Hockenheim.
2. Der Gemeinderat stimmt der beiliegenden Polizeiverordnung zur Erstreckung der darin genannten Rechts- und Polizeiverordnungen der Stadt Schwetzingen auf die gemäß Vereinbarung vom 04.11.2010/15.11.2010 eingegliederten Gebietsteile der Stadt Hockenheim zu.

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 1060/2011**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt keine weiteren Erläuterungen.

Es gibt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Anfragen

Stadtrat Imhof stellt fest, dass am Hirschacker-Sportplatz noch keine Bäume stehen. Er möchte wissen, wann die Bäume gepflanzt werden und wenn, welche Sorte? Oberbürgermeister Dr. Pörtl erwidert, dass die Bäume noch Kiefern und Eichen geplant seien.

Stadtrat Imhof moniert, dass in Schwetzingen Hinweisschilder auf die Fußgängerzone fehlen würden, wie sie andernorts üblich seien. Der Oberbürgermeister erwidert, dass es gemeinsam mit dem Stadtmarketing geplant sei, an allen wichtigen Kreuzungspunkten Hinweisschilder zu installieren. Die Verwaltung arbeite an den Entwürfen, die im Frühjahr 2012 dem Gemeinderat präsentiert würden. Oberbürgermeister Dr. Pörtl weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass das Busleitsystem komme.

Stadtrat Dr. Manske berichtet, dass eine Begrünung der hinteren Friedhofsmauer von den Bürgern gewünscht sei. Auch die Nachpflanzung nach der Fällung der Pappeln sei spärlich. Er bittet um Prüfung.

Weiterhin wünscht sich Stadtrat Dr. Manske für die anonyme Grabanlage, dass die Gabionensteine ebenfalls begrünt werden.

Stadträtin Maier-Kuhn teilt mit, dass die Beleuchtungsröhren der Fahrradabstellanlage für den Bahnhof teilweise defekt seien. Sie bitte um Prüfung.

Des Weiteren möchte Stadträtin Maier-Kuhn wissen, wann denn die vor anderthalb Jahren in der Bahnhofsanlage gefällten Bäume ersetzt würden. Zudem seien die Abdeckflächen der Baumstümpfe verrutscht.

Außerdem berichtet Stadträtin Maier-Kuhn von einem Gullydeckel in der Bismarckstraße, der so hoch sei, dass beim Darüberfahren der Busse und Autos ein Klappern zu hören sei.

Stadträtin Glöckler bezieht sich auf die Barrierefreiheit im Karl-Wörn-Haus und möchte wissen, was die Begehung ergeben habe. Oberbürgermeister Dr. Pörtl erläutert, dass man einen Aufzug einbauen müsse, um eine durchgängige Barrierefreiheit zu gewährleisten. Die Kosten beliefen sich auf ca. 0,5 Mio. Euro. Das werde nicht machbar sein.

